

Cöüberer Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cöüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bestellen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausländer monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaßte Seite oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Freitag, den 4. März 1921.

28. Jahrgang.

Einheitsfront und Innenpolitik.

Bei jeder neuen Forderung der Entente schreien die Reaktionäre nach der Einheitsfront. Angesichts der Londoner Konferenz ist ihr Geschrei doppelt ausdrücklich geworden. In Wirklichkeit wollen sie aber gar keine Einheitsfront, oder sagen wir: sie wollen mit diesem Geschrei die Gesamtmasse des Volles in nationalistische Lager losen. Wäre ihr Verlangen nach der Einheitsfront mehr als habschichtisches Getue, so müßte sich das in der Innenpolitik zeigen.

Wer alle zwei und drei Monat nach der Einheitsfront verlangt, der darf nämlich, sofern es ihm ehrlich darum zu tun ist, in den dazwischenliegenden Wochen nicht eine Politik treiben, die dem Einigungstreben direkt entgegensteht. Wir sind weit entfernt, den Deutschnationalen die Einstellung ihres politischen Kampfes anzusuchen — mit derartig unverschämten naiven Forderungen kommen sie nur den anderen — aber die Art, in der sie ihren Kampf führen, müßte doch irgend etwas von ihrem völkischen Einigungstreben verraten, wenn eben ein solches tatsächlich bestände.

Gerade die Deutschnationalen haben in den politischen Kampf eine äußere Verrohung, eine innere Verlogenheit, eine Art der Heze und Begeisterung hereingebracht, die alles Dageworfene hinter sich lässt. Ihren Nachwuchs erziehen sie systematisch zur Rüpelhaftigkeit. Jede Verlegung des politischen Gegners, mag sie auch auf die rohste und niederrächtigste Art erfolgen, findet den jubelnden Beifall der Deutschnationalen.

Insbesondere leisten sich die führenden Organe *a la Kreuzzeitung* das Tollste in dieser Beziehung. Wenn einer ihrer Anhänger gegen führende Sozialdemokratien irgend eine Gemeinheit begeht, findet er dort lobende Anerkennung.

Gleichzeitig blüht das Verleumderehandwerk der deutschnationalen Presse. Nichts ist so schmützig und gemein, daß man es nicht einem sozialdemokratischen Minister nachladen dürfte. Ein paar Dutzend Hauptverleumer sind vor Gericht angeprangert und bestraft worden, die übrige Presse, die ihre Verleumdungen nachgedruckt hat, denkt garnicht daran, ihre Lügen zu widerrufen. Gestalt und Schlecht gemacht wird in allen Tonarten. Die „Roten“ sind nur ein Gejindel, das sich auf Kosten des Volkes die Taschen füllt. Mit berechneter Bosheit nennt die Rechtspresse Sozialdemokratien in einem Atemzug mit Räubern und Banditen. An jedem Huhn, das heute gesöhnen wird, ist die Sozialdemokratie schuld.

Und dieselben Leute, die täglich und ständig in dieser Weise gegen die Arbeiterschaft hecken, treffen dann eines Tages mit Biedermannsmiene zu uns und sagen: „Läßt uns eine Einheitsfront gegen die Forderungen der Entente bilden.“ Nachdem sie selber die Einheitsfront so würdig vorbereitet haben!

Aber den Sinn der Sache bemerkst man bald, wenn man sieht, daß die Einheitsfront nichts sein soll als die defensiven Kulisse für eine ganz gewöhnliche reaktionäre Schiebung. Über die Einheitsfront wollen die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Durch die Einheitsfront wollen sie den Wahlsieg der alten Regierungskoalition bei den Preußenwahlen hinwegsamtieren. Kurz und gut: Die Deutschnationalen sind für Einheitsfront, weil sie dabei etwas zu verdienen hoffen. Wäre kein innerpolitisches Geschäft dabei, so würde diesen nationalen Vaterlandsrettern die Einheitsfront höchst gleichgültig sein.

Wir aber wissen, daß eine Einheitsfront, in der die Deutschnationalen vorangehend sind, unserer Sache nur schaden kann. Man helle sich vor: In einem Verein, dessen Mitglieder überwiegend ehrenhaft sind, haben ein paar Leute Nordbremerstaaten verübt. Das Gericht erster Instanz entscheidet deswegen den ganzen Verein solidarisch zum Schadensatz. Die Summe ist ungeheuerlich und es wird Berufung eingereicht. Zu Wortführern vor der zweiten Instanz steht der Verein aber nicht seine ehrenhaften Mitglieder als Wortführer, sondern eben jene Nordbremer, die vor Gericht pathetische Reden über ungerechte Härten halten. Sie das nicht, den Verlust des Reiches mutwillig propagieren? Und nicht anders würden wir handeln, wenn die Deutschnationalen Generale, Vaterlandsverteiler a. D. und ähnliche Gesellschaft für das deutsche Volk vor der Despotieheit das Wort führen ließen. Die Leute, dieheimerzt die Verbündeten in Frankreich angekettet oder gutgeschlagen haben, die Lebhaber der belgischen Arbeiter deportations, die Urheber des uneingehörigen Kriegs-Abkommens u. s. w., sie alle haben jetzt nur eine Wahl: das Maul zu halten. In einer Einheitsfront beschützen Sozialisten sie nicht länger, denn sie bilden die Bevölkerung der Gesetz, nicht eine Verbündung.

Das sollte für mancher Gewiss sei, der vorher in wichtigen Beschlüssen engagiert hat und jetzt kommt, die Gasmunitionen aus.

Das Ultimatum der Alliierten.

Die Note der Alliierten, die der deutschen Delegation am Donnerstag übergeben wurde, stellt zunächst fest, daß ihr Inhalt im vollen Einverständnis aller Alliierten ausgearbeitet worden ist. Die Note erklärt sodann, daß die deutschen Gegenorschläge nicht geeignet sind, einer Prüfung unterzogen zu werden und stellt sodann die zahlreichen Verlegerungen des Vertrages von Versailles fest: Verlegerung der Bestimmungen über die Kohlenlieferungen, über die Entwicklung, über die Bezahlung von 20 Milliarden Gold vor dem 1. Mai und über die Auslieferung der Schuldigen. Lloyd George teilte sodann den deutschen Delegierten im Namen der Alliierten mit, daß, wenn Deutschland bis spätestens Montag die Pariser Beschlüsse nicht unterzeichnet haben wird, folgende Sanktionen getroffen werden:

1. Sofortige Belagerung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf,
2. ein Schuß der alliierten Regierungen an ihre Parlamente, sie zu ermächtigen, von jeder Zahlung deutscher Seiten an einen ihrer Untertanen einen Abzug für die Reparation zu machen,
3. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung am Rhein durch:
 - a) Einziehung der deutschen Zolleinnahmen an der Westgrenze des Reiches für die Reparation,
 - b) Errichtung einer neuen Zollgrenze an der Ostgrenze des besiegten Gebietes unter Einführung von Massenabzöllen.

Wenn Deutschland dagegen die Pariser Beschlüsse angenommen und unterzeichnet haben wird, so wird ihm gestattet werden, Gegenorschläge zu unterbreiten, die sich jedoch nur auf die Modalitäten der Bezahlung beziehen dürfen. Keine Herausforderung der im Pariser Abkommen festgelegten Höhe der Entschädigungssumme wird zugelassen werden.

Die Antwort des deutschen Außenministers.

Reichsminister Dr. Simons gab auf die Note der Alliierten folgende Antwort:

Herr Präsident! Meine Herren Delegierten!

„Die deutsche Delegation wird die Erklärung des englischen Premierministers, sowie die Dokumente, die ihr bereits übergeben wurden und noch übergeben werden sollen, mit der vollen Aufmerksamkeit prüfen, die sie infolge ihrer Wichtigkeit verdienen. Die Delegation wird ihre Antwort vor Montag abend geben. Über ich lege schon jetzt Wert darauf, zu erklären, daß der Herr Präsident die Absicht der deutschen Regierung verkennt. Es wird nach unserer Ansicht nicht notwendig sein, die Maßnahmen des Drucks zu ergreifen, die angekündigt worden sind.“

Die Konferenz wird sich auf Montag vertagen, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten und max erklärt: daß Deutschland Vorschläge unterbreiten werde, die von den Vorschlägen vom Dienstag sehr verschieden sind. Es sei hierzu bemerkt, daß nach dem Inhalt des Ultimatums die deutschen Gegenorschläge sich nur auf die Modalitäten der Zahlungen beziehen werden.

Aus der Rede Lloyd Georges.

Der deutsche Bericht über die Donnerstag-Sitzung der Londoner Konferenz lautet: Die heutige Sitzung der Konferenz fand mittags 12 Uhr im St.-James-Palast statt. An die nahmen außer den Deutschen die englische, französische, belgische, italienische und japanische Delegation teil. Lloyd George ergriff sofort nach Beginn der Sitzung das Wort, um die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge zu geben. Aus dem Anfang der Rede Lloyd Georges seien folgende bezeichnende Stellen wiedergegeben:

„Die alliierten Regierungen sind der Ansicht daß die von Herrn Dr. Simons im Namen der deutschen Regierung gemachten Darlegungen eine ausgesprochene Herausforderung gegenüber den grundlegenden Bedingungen des Versailler Friedensvertrages darstellen und daß sie dementsprechend behandelt werden müssen. Die Pariser Vorschläge drohten der Linie von Bourcq und Brügel folgend eine wesentliche Erleichterung der Sanierungsbedingungen des Vertrages sowohl hinsichtlich der Entschädigung als auch der Reparation. Diese Vorschläge waren in zweiter Weise gemacht worden um eine freundliche Regelung mit Deutschland herbeizuführen. Die Regierungsvertreter des Vertrages. Die Alliierten kommen zu diesem Schluß nicht nur aus dem Charakter dieser Vorschläge selbst heraus, sondern auch aus Grund ihrer Kenntnahme der Reden, die Herr Dr. Simons in Deutschland auf die Pariser Vorschläge hingehalten hat und der Untersuchung die diesen Reden in der deutschen Presse und im Reichstag passiert waren. Eine der ersten Geschilderungen dieser Art war in einer in Stuttgart gehaltenen Rede enthalten, wo er die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg proklamierte. Diese Durchdringung fand in ganz Deutschland statt und kann daher als kennzeichnend der modernen Haltung Deutschlands dem Friedensvertrag gegenüber angesehen werden. Seien Sie mich nun nachdrücklich zu sagen, daß wir ein Recht, ein Recht und ein gerechtes Recht haben, die deutschen und gewaltigen Deutschen ein neues und wesentlich für die Zukunft günstiges System einzurichten, das uns ein angemessenes und verlässliches Leben und Wohlbeleben bringt, wenn wir keinem auf Tatsachen-

Deutschland für eine Bedrohung und eine Last für die europäische Zivilisation ansehen. Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland zu unterdrücken, wir haben nicht den Wunsch, dem deutschen Volke eine Knechtschaft aufzuerlegen. Wir fordern einfach, daß Deutschland seine Verpflichtungen einlöse, die es zur Reparation von Schäden auf sich genommen hat, welche es durch den Krieg verursacht, für dessen Herausforderung seine Kaiserliche Regierung verantwortlich war. Im Frankfurter Vertrag legte Deutschland den Grundsatz fest und handelte danach, daß die Nation, welche für die Herausforderung zu einem Kriege verantwortlich war, die Kosten des Krieges zu zahlen hätte. Wir verlangen nicht die Kosten des Krieges, nicht einen Groschen, wir geben nicht sonst, wie der Grundsatz des Frankfurter Vertrages. Die Kriegskosten der alliierten Länder insgesamt sind so ungewöhnlich, daß es ganz unmöglich sein würde, vor irgend einem Lande, irgend einem einzelnen Lande ihre Tragung zu verlangen. Wir alle stehen unter einer Last von Steuern zur Bezahlung von Schäden, die wir eingegangen sind, um uns in diesem Kriege zu verteidigen. Diese sämtlich einem Lande aufzubürden, darüber sind wir uns völlig klar, würde ein unmögliches Vorstellungs kein. Wir haben daher mit Bedacht im Versailler Vertrag von Deutschland nicht verlangt, eine einzige Papiermark für die Kosten zu zahlen, die die alliierten Länder bei ihrer Verteidigung in diesem Kriege auf sich genommen haben. Was haben wir denn dann von Deutschland verlangt? Ich meine, es ist wichtig, daß die deutsche Gesellschaft durchaus den Charakter unserer Forderungen versteht, denn ich bin sicher, daß sie sie nicht richtig einschätzt.“

Lloyd George erklärte dann weiter, er sei der Meinung, daß das deutsche Volk noch nicht genügend den Umfang der Verpflichtungen würdige, die durch den von dem Kaiserlichen Deutschland herausbeschworenen Krieg verursacht seien. In längeren Ausführungen widerte er dann die Vermüllungen und Verschwörungen, die in den alliierten Ländern, insbesondere in Frankreich angerichtet seien und die nur in einem geringen Teil aus kriegerischen Operationen herrührten. Die Alliierten wären durchaus geneigt gewesen, die deutschen Vorschläge mit vollem Ernst zu prüfen. Wenn Deutschland z. B. eine Befürzung der Zahlungsfrist von 42 Jahren fordert, oder an Stelle der 12prozentigen Ausfuhrabgabe eine kleinen Bedürfnissen entsprechende gleichwertige Maßnahme vorgeschlagen hätte, so hätte hierüber gesprochen werden können. Demgegenüber müsse er aber feststellen, daß die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer Beziehung der Prüfung völlig ungeeignet seien, im Gegenteil eine Bekleidung und Herausforderung der Alliierten bildeten. Da Deutschland den Versailler Vertrag schon vielfach verletzt habe, müsse man annehmen, daß es seinen Verpflichtungen nicht nachkommen wolle.

Aus Dr. Simons erster Rede.

Bei Übereiterung der Gegenvorschläge hielt Reichsminister Dr. Simons eine lange Rede in der er darauf hinwies, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, die Pariser Beschlüsse in der übermittelten Form anzunehmen und bewies dies an der Hand eines ungünstigen Tatsachenmaterials. Insbesondere ging der Minister auf die Ein- und Ausfuhrfrage ein, wobei er beohte, daß Deutschland gezwungen wäre, auf dem Weltmarkt den anderen Staaten eine Konkurrenz zu machen, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat. Die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie steht im Zeichen wirtschaftlicher Krise. Dieser Zustand ist bedingt durch den schlechten Stand der deutschen Wirtschaft. Es bedarf schon einer großen Überwindung und einer großen Hoffnung auf das Wiedererstarken des deutschen Volkes, um bei so schweren Bedenken, wie sie in den Tatschriften niedergelegt sind, zum Versprechen der bestimmten Zahlungen zu gelangen. Trotzdem entsloß sich die deutsche Regierung, eine feste Zusage zu machen, weil sie glaubt, daß das deutsche Volk wenn es die höhere Möglichkeit von der Befreiung der Lasten des Krieges innerhalb einer bestimmten Zeit vor sich sieht, sich bis ans äußerste anstrengen und mehr leisten wird, als man ihm eigentlich zutraut. Aus psychologischen Gründen ist es notwendig, die deutschen Zahlungsverpflichtungen nicht zu sehr in die Länge zu ziehen und auf die letzten Jahre nicht zu große Lasten zu legen. Das deutsche Volk wird nicht leistungsfähig sein, wenn es sieht, daß man keinen Klauber und Gafein solche Zahlungsverpflichtungen auferlegt. Die deutsche Regierung hält den Gesamtwert der bis jetzt geleisteten Waren und Werte auf etwas über 20 Milliarden Goldmark. Sie schlägt vor, diesen Betrag von der vorhin erwähnten Summe von 30 Milliarden Goldmark abzuziehen. Der Betrag von 30 Milliarden Goldmark ist auch das Maximum dafür, was irgend ein Sachverständiger zumutete.

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit den Melbungen über die Donnerstag-Sitzung der Londoner Konferenz. Bei Gründung der vorliegenden, noch unvollständigen Nachrichten befürchtete das Kabinett darum, die Bedeutung der von Lloyd George angekündigten Maßnahmen vollständig durchzupassen.

Erste Debatten über die Sanitätsre.

Dr. Brügel, 4 Uhr: Wie die „Soz“ hier waren die Debatten über die Sanitätsre unheimlich bewegt. Es sollte

Ruhrort und dem folgte man Düsseldorf hinzü, das letztere augenscheinlich, um die Verbindung der neu zu besiegenden Ruhrhöfen auch rechtssicherlich mit dem bisherigen Besitzungsgebiet und mit dem Württemberg-Köln herzustellen. Lloyd George äußerte jedoch Bedenken und die Italiener und Japaner folgten ihm darin. Der belgische Außenminister Jasper holt sodann eine Rebe, in der er schwört, daß es unbedingt notwendig sei, Deutschland aufzusäubern zu bedrohen. Damit wurde den Lloyd Georges seine Bedenken bestätigt. Der Premierminister Groß-Britanniens hatte seinen Standpunkt schon geändert, während die italienischen und japanischen Delegierten ihn noch in der Opposition glaubten. Darauf scheint es zu höchst unerträglichen Szenen zwischen den verschiedenen Sachverständigen gekommen zu sein, die die bissigen Zettelungen als bedauerlich bezeichneten. Es hat sich dabei augenscheinlich um juristische Fragen gehandelt, sowie darum, ob die Besetzung sofort oder erst am 1. Mai stattfinden würde. Erst um 7 Uhr war die nötige Einheit zwischen den Alliierten erreicht.

Deutschlands angeblich noch rücksichtige Sicherungen bis 1. April 1921.

U. Wars., 4. März. Nach Mitteilung der Kommission für die Wiedergutmachung muß Deutschland vor dem 1. April 1921 an Waren noch mindestens für den Wert von 12 Milliarden Goldmark liefern. Dagegen behauptet Deutschland, diesen Betrag bereits bezahlt zu haben.

Die Pariser Presse.

Große Zufriedenheit herrscht in den Morgenblättern über den Beschluß der Konferenz, daß binnen drei Tagen die Bevölkerung von Paris unterzeichnet werden müssen. Auch Vionnet erklärt sich vollkommen befriedigt. Daraus schließt man, daß er nichts von seinem Standpunkt ausgegeben habe. Man glaubt nicht, daß Deutschland bei einem eventuellen Vormarsch der alliierten Truppen diesen Widerstand von einiger Bedeutung wird bieten können. (Von dem bei uns sehr vorausichtiger Mensch, Red.) „Libre Parole“ hebt u. a. hervor, daß gegen eine Aushebung von Truppen die deutschen Kommunisten Widerstand erheben würden. Überdies könnten auch die besetzten Gebiete niemals unter die Waffen gerufen werden. Über die Sanktionen bemerkt der „Märkte“, das Ruhrberat ist das Hauptorgan der deutschen Produktion. Durch die Besetzung der dortigen Häfen werden die Alliierten die Ausfuhrkontrolle bei Duisburg und Ruhrort in Händen haben und Essen und Umgegend liegen in Schuhwelle. Zu Wasser kann keine Sendung das Ruhrgebiet verlassen ohne alliierte Genehmigung. Neun Zehntel der Ausfuhr geschieht nur zu Wasser. Überdies könnten die Alliierten dann die Hand auf das Gebiet von Hamm legen, nämlich den Eisenbahnhafenpunkt, von wo aus Steinlohlen und Fertigwaren nach Deutschland transportiert werden.

Die Neuyorker Zeitungen sind noch optimistisch bezüglich des Fortgangs der Londoner Verhandlungen. Die „New-York World“, das Blatt Wilsons, meint, die deutschen Gegenwartslage könnten als Grundlage zu weiteren Verhandlungen dienen. Das Blatt macht die Alliierten darauf aufmerksam, daß ein besetztes Deutschland keine Entschädigung zahlen könne. Die demokratische „Evening Post“ rät beiden Seiten zu Nachgiebigkeit. Nur die stets einseitig ententeorientliche „New-York Times“ nennt den deutschen Vorschlag lächerlich. Sie warnt Deutschland davor, etwa das Gepräst des Bolschewismus an die Wand zu malen. Der Bolschewismus habe Ungarn, das den Fortbewegungen der Alliierten ein bolschewistisches Regime entgegensezt, binnen vier Monaten an den Rand des Abgrundes gebracht. Die republikanische „Mail“ sagt, wenn ein Chaos in Deutschland entstehe, so würde dadurch ganz Europa in Misere hineingezogen werden.

Erklärungen der Türken und Griechen.

Reuter meldet, daß die Ankara-Regierung ihre Londoner Delegation beauftragt hat, folgende Antwort auf die von den Alliierten auf der Londoner Konferenz gestellten Fragen zu geben: „Die Ankara-Regierung nimmt die vorgeschlagene interalliierte Unterziehungsstimmung für das Gebiet von Thrakien und Smyrna an, bittet jedoch darum, daß um die Unparteilichkeit der Unterziehung zu gewährleisten, eine alliierte Verwaltung die griechische Verwaltung ersetzen solle, bis das Ergebnis der Unterzeichnung feststeht. Mit Bezug auf den übrigen Teil des Vertrages von Sevres ist die nationalistische Regierung bereit, den Vertrag zu unterschreiben, bittet jedoch die Alliierten, die davon abhängen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die es während des Krieges gebracht habe, gehöre. 2. Die Nationalversammlung ermächtigt die griechische Delegation, den Alliierten mitzuteilen, daß Griechenland ihnen unendlich dankbar ist für das Interesse, das sie für Griechenland an den Tag gelegt haben, und daß die Griechen überzeugt sind, daß die Alliierten nicht auf ihren Vorwürfen (zumeist ist hauptsächlich die Unterziehungscommission) bestehen werden, die für Griechenland vollkommen unangebracht sind.“

Der griechische Premierminister Kalogeropoulos wird am Freitag den Alliierten eine Note unterbreiten, in der folgenden Bezug auf die griechischen Nationalversammlung mitgeteilt wird: 1. Griechenland kann einer Abänderung des Vertrages von Sevres nicht zustimmen, der Griechenland das mindeste davon abhängt, was ihm im Hinblick auf die Opfer, die es während des Krieges gebracht habe, gehöre. 2. Die Nationalversammlung ermächtigt die griechische Delegation, den Alliierten mitzuteilen, daß Griechenland ihnen unendlich dankbar ist für das Interesse, das sie für Griechenland an den Tag gelegt haben, und daß die Griechen überzeugt sind, daß die Alliierten nicht auf ihren Vorwürfen (zumeist ist hauptsächlich die Unterziehungscommission) bestehen werden, die für Griechenland vollkommen unangebracht sind.

Deutscher Reichstag.

74. Sitzung.

Berlin, den 3. März 1921.
Präsident 250e eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß im Laufe der Sitzung der Reichstagler erscheinen und sie dem Hause mitteilen werde.

Ohne Debatte wird zunächst der Gesetzentwurf über vorläufige Zahlung auf die Körperchaftsstreuer einem Antrag überreichen. Die Anteilnahme ist für das Reich 1920 wird durch Anerkennung erledigt.

In zweiter und dritter Lesung werden die Reichschausahlungen 1918 und der Gesetzentwurf über die Konkurrenz der Kriegsverträge debattiert.

Ramens des sozialdemokratischen Ausschusses beantragt Abg. Frau Leibnitz (3.), die Regierung möge in nächster Stunde eine Novelle vorlegen, die den Frauen das passive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmännischen genährt.

Abg. Frau Böhm-Söch (Soz.) unterstellt den Antrag, ebenso die Abg. Frau Böhm-Söch (Soz.).

In gleicher Weise tritt die Abg. Frau Behn (DRL) für die Einzelbeschaffung ein.

Abg. Thiel (DRL) bringt keine Befürderung darüber aus, daß die Sozialdemokratie seinerzeit die Aufnahme des passiven Wahlrechts der Frauen in das Gesetz abgelehnt habe und damit den sozialdemokratischen Willen dieses Wahlrechts fortsetzen.

Frau Abg. Lüders (D.) stellt sich auf den Boden der Einsichtszusage.

Frau Abg. Tausch (S.) betont, daß in ihrer Partei eine starke Gegnerschaft gegen die Einsichtszusage vorhanden sei. Nachdem aber die Einsichtszusage einmal Zustandekommen sei, werde man sich auf den Boden beruheln stellen.

Abg. Gleibel (Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Thiel. Im Ausschuß sei nachdrücklich festgestellt worden,

dass dem Arbeitsminister Schlaich bereits im Mai 1920 eine

Vorlage fertig vorgelegen habe. Daraus sei jedoch nichts geworden.

Das soziale Arbeitsministerium habe erklärt, daß die

Vorlage über das Arbeitsgerichtswesen dem Reichstag noch im Januar 1921 vorgelegt werde. Bis jetzt sei das noch nicht ge

geschehen. Wenn sich das nicht bald ändere, werde die Arbeiterschaft erneut eingreifen.

Abg. Bloch (U.) greift den Abg. Thiel ebenfalls an. Das

verfassungsmäßige Recht über das passiven Wahlrecht der Frauen

ist alle öffentlichen Ämterhaber, ist nicht aufgehoben worden.

Ministerialdirektor Steffarth erklärt, die Bereitschaftsfest

des Arbeitsdienstfachsleches zu erledigen, oder, wenn dies nicht

möglich sein sollte, eine Novelle einzubringen, in der den Frauen

passives Wahlrecht gewährt wird.

Die Einsichtszusage wird somit angenommen.

Der Antrag des 23. Ausschusses für Wissenschaften,

seine Zuständigkeit darum zu erweitern, daß er auch die Initiativ

re zu erweitern die Befreiung der Frauen

Ablistung Holsten-Nord. Jugendheim: 4. St. Lorenz-Schule. — 4. März: Feierabend. — 6. März: Monatsversammlung. — 11. März: Funktionärsitzung. — 13. März: Unterhaltungsabend. — 14. März: Vorstandssitzung. — 16. März: Vortrag des Gen. Puls: „Die Basissen“. — 18. März: Reisegeschenk zum Fest. — 20. März: Probe zum Fest. — 28. März: Hauptprobe. — 27. März: Vorlesabend, Gen. Rieder. — 28. März: Handarbeitsabend. — 31. März: Vortrag des Gen. Pößnitz: „Jungen und Mädels.“

Ablistung Moissling. Jugendheim: Schule Moissling. — Veranstaltungen werden im Heim veranstaltet.

Steuerliche Unvergnügen.

Unwesentliche Steuer-Erläuterungen.

Das hierige Finanzamt versendet an die Steuerzahler nicht weniger als sieben Formulare, die zur Abgabe der Steuererklärung für die Einkommenssteuer bestimmt sind. Zwei Formulare umfassen je 4 Seiten und das Hauptformular sogar 6 Seiten. Ein gewöhnlicher Steuerzahler wird sich darin beim besten Willen kaum zurecht finden können. Denn das Formular zur Einkommenssteuererklärung stellt Zusammenfassungen, die wirklich nicht mehr als billig bezüglich werden können. Auf sechs Folioseiten wird der Steuerzahler einem inquisitorischen Verfahren unterworfen gegen das selbst das zeitraubende Frage- und Antwortspiel bei der Reichssteuererklärung als harmlos bezeichnet werden kann. Wer alle diese Fragen gewissenhaft beantworten will — und die Steuererklärung ist nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben —, dessen Tätigkeit wird auf Tage und Wochen durch die Ausfüllung des Formulars in Anspruch genommen sein. Solche Zumutungen an das Publikum wären, wie die „Frankfurter Staatszeitung“ mit Recht schreibt, auch dann nicht mehr zu rechtfertigen, wenn sie dem Zweck dienen, den Finanzämtern so gründlichen Einblick in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des einzelnen zu gestatten, dass Steuerhinterziehungskünftig unmöglich würden. Aber nicht einmal das ist der Fall. Im Gegenteil, das Formular ist so unübersichtlich und ungewöhnlich, dass selbst der klügste Steuerbeamte sich nur schwer darin zurechtfinden vermag. Nebensächliche Dinge werden in aller Mühseligkeit erörtert, während wichtige, für die Veranlagung entscheidende Punkte nur ungenügend gescannt werden. In einer in der „Deutschen Steuerzeitung“ veröffentlichten kritischen Besprechung gibt Regierungsrat Beyer-Köslin der Befürchtung Ausdruck, dass die Steuererklärung in ihrer heutigen Gestalt die Ursache zahlreicher Beanstandungen und Erörterungen werden wird, und er hält deshalb eine Änderung des Vertrags für dringend geboten. Vielleicht befassen sich Reichswirtschaftsrat und Reichstag einmal mit diesen Dingen. Sache des letzteren wäre es insbesondere, die Finanzverwaltung darüber aufzuklären, dass es nicht angeht, von den Steuerpflichtigen eine Erklärung einzufordern, solange die endgültige Gestaltung des Steuergesetzes selbst noch in Frage steht.

Das hierige Finanzamt muss ja die Verordnung des Reichsfinanzministeriums durchführen und kann somit nicht viel anders handeln. Diese Verordnung bestimmt u. a., dass Steuerpflichtige, deren Steueraufnahmen im abgelaufenen Kalender- bzw. Wirtschaftsjahr den Betrag von 10 000 Mark überstiegen hat, innerhalb einer von den Landesfinanzämtern festzulegenden Frist (In Lübeck 31. März) eine Erklärung über ihr steuerbares Einkommen beim Finanzamt einzureichen haben. Die zukünftige Stelle im Reichsfinanzministerium, die diese Verordnung herausgebracht hat, weiß aber offenbar nichts davon, wie die „Frankfurter Zeitung“ weiter schreibt, dass eine andere Abteilung derselben Staatskanzlei vor knapp zwei Monaten eine „Gesetzesvorlage“ ausgearbeitet und im Reichstag eingebracht hat, die das Einkommenssteuergesetz in einschneidenden Punkten ändern bestimmt ist. Sie scheint auch keine Zeitungen zu lesen. Sie müsste sonst doch wohl davon gehört haben, dass gerade die Modalitäten der Veranlagung zur Einkommenssteuer für das Jahr 1920 seit Wochen den Gegenstand eines lebhaften Meinungsstreites zwischen dem Finanzministerium und dem Hauptausschuss des Reichstages bilden, und sie hätte daraus vielleicht darin folgern können, dass, solange diese Fragen nicht entschieden sind, so lange insbesondere noch nicht einmal feststeht, ob der Veranlagung für 1920 nicht doch noch, wie es die Mehrheit des Reichstages neuerdings zu wünschen scheint, das Einkommen des Jahres 1919 zu Grunde gelegt werden soll, die elementarsten Voraussetzungen für die Übung einer Steuererklärung nicht gegeben sind. Nicht minder unfein scheint es ihm zu sein, dass der Reichsfinanzamtsleiter selbst sich mit der vom Reichstag ausgehenden Anträge, den Steuerzahler in eine Lohnsteuer umzuwandeln, im Prinzip einverstanden erklärt hat. Das bereits ausgearbeitete Projekt sieht u. a. vor, dass Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Einkommen bis zu 20 000 Mark der Veranlagung nicht mehr unterliegen sollen. Geplant ist außerdem, aus Billigkeitsgründen auf die Erhebung der Steuerflüsse dieser Kategorie, d. h. der Differenz aus der nach den Bestimmungen des Einkommenssteuergesetzes zu ermittelnden Steuerpflicht und der durch den Abzug vom Arbeitgeberdienst bereits gezahlten Summe zu verzichten. Alle diese Dinge sind noch in der Schwebe. Dessenwegen darf betont werden, dass der Steuerzahler eine Stelle, die jeder Steuerpflichtige mit einem Einkommen über 10 000 Mark eine Steuererklärung einzureichen hat. Werden die oben skizzierten Untersuchungen des Reichstages Gesetz — und es ist mit einiger Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen —, so wird die nächste Folge die sein, dass **Millionen von Steuererklärun**gen — denn mindestens 85 Prozent aller Steuererklärungen fällt in die Einkommensklasse zwischen 10 000 und 20 000 Mark — in den Kapierzob wandern. Die dadurch verursachte Papierverarbeitung, die den Fleiß Millionen kostet, ist schlimm, weit schlimmer aber die zweck- und sinnlose Vergebung von Zeit und Arbeitskraft, die notwendigerweise anderen belanglichen Aufgaben entzogen wird.

Beschlagnahme von Heringen.

Vom Postamt wird uns mitgeteilt: Trotz wiederholter Warnungen sowohl in der Presse wie bei militärischen Verhandlungen haben die nischtländischen Fischer in der viel umstrittenen dritten Zone wiederholt gefischt. Ganz besonders trat solches wieder Donnerstag in Erscheinung. Der Fischerlaufsee hat daraufhin mit Hilfe des Reichsmarschalls energisch zugestritten und zwei Fischer, die nicht zu den üblichen Gemeinschaftsfischern gehören, den Fang beschlagnahmt. Der Fang, etwa 15 000 Pfund Fische, wurde zunächst nach den Sieden der Boderreihe in Travemünde gebracht und dort gemäß dem Gesetz den Fischereigemeinschaften zur Verwertung überwiesen. Diese aber erklärten sich außerstande, die Fische verwerten zu können, da sie von den zahlreichen nischtländischen Fischern bedroht und daran gehindert wurden, die Ware zu lösen. Da die geringen Polizeikräfte in Travemünde nicht ausreichten, ist auf Veranlassung des Polizeibeamten ein Zug der Ordnungspolizei B (grün) per Lastauto nach Travemünde befördert worden. Diese Polizei trug die Fische geräumt und die Boote nach Lübeck schleppen lassen. Hier ist die Ware heute an der Postenbrücke gegen Entlastung des Selbstostenpreises an die Bevölkerung abgegeben worden, was in wenigen Stunden zur Zuflucht aller Beteiligten geschah. Der Preis betrug 50 Pf. für das Pfund.

Der Sozialdemokratische Verein, Bezirk Marien, hatte am Mittwoch eine Mitgliederversammlung nach dem Geschäftshaus Marien einberufen, zu der besonders die Frauen und Töchter der Parteigenossen mit eingeladen waren. Die Versammlung war von circa 300 Personen besucht, darunter die Hälfte Frauen und

Mädchen. Der Parteisekretär Gen. Weiß batte das Referat übernommen. In eindringlichen Worten wandte er sich an die anwesenden Frauen und Mädchen und zeigte, wie unbedingt notwendig es sei, dass sie vereint mit dem Manne kämpfen müssten, um den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit zu befreunigen. Den Parteigenossen sagte Gen. Weiß, es genüge nicht, wenn nur der Mann organisiert sei und allein die Versammlungen besuche. Nachdem die Sozialdemokratie zur Macht gelangt, den Frauen das Wahlrecht gegeben habe, sei es notwendig, so im öffentlichen Leben einzuführen, denn eine ganze Anzahl von Arbeiten werde mit Hilfe der Frauen getätig werden können. Nach Schlussreden mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Aufführungen brach Gen. Weißboldt eine Pause für die Jugend, er forderte die anwesenden Eltern auf, ihre von der Schule entlassenen Kinder der Arbeitserziehung auszuführen und bat die Genossen von 18—25 Jahren der Jungsozialistischen Bewegung anzuschließen. Genossen Karl Friedrich rührte warme Worte an die Frauen und Mädchen und bat, aus dem Gehörten die Anwendung zu ziehen, der Partei beizutreten und auch die Frauenabende zu besuchen; der nächste sei am Donnerstag, dem 10. März. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten, teilte der Vorsitzende Gen. Weiß mit, dass beratende Versammlungen nunmehr regelmäßig alle drei Monate stattfinden sollten, um das Verständnis für alle Zeiträume zu schärfen.

Eine neue Polizeiwache soll in St. Lorenz-Nord in der alten Kaserne eingerichtet werden.

Ein Alteder Gewerbehof, dessen Errichtung von den hierigen Handwerksmeistern schon seit Jahren geplant war, soll demnächst realisiert werden. Man hat zu diesem Zweck das Haus Breite Straße 10, das neben dem Gebäude der Handelskammer liegt, erworben. Man hofft, das Haus Mitte April zur freien Verfüzung zu haben.

Gebäudeaufenthalt für Stadtinder. Das Jugendamt schreibt uns: Das Deutsche Rote Kreuz hat Mittel aufgebracht, um einen billigen Erholungsaufenthalt für Kinder zu beschaffen. So sind eine ganze Reihe von Erholungsheimen entstanden, im Gebirge und an der See, in denen Kinder für mögliches Kosten — etwa 12 M. täglich — aufgenommen werden, obgleich die Selbstkosten des Roten Kreuzes rund 20 M. für jedes Kind betragen. Eltern, die von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machen wollen, müssen sich baldmöglichst melden, da spätere Meldungen schwierig Verständigung finden können. Die Auskunftsstelle auf dem Jugendamt, Periode 1 II, Blatt 13, ist Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 10—12 Uhr geöffnet.

Bund der Pfeilstabfreunde. In der letzten, gut besuchten Versammlung des Bundes sprach Herr Mittelschullehrer Schermer über „Religion und Sozialdemokratie“. Der Alteder Pfeilstab amüschen beladen, so filzte er aus, sei hervorgerufen durch die Lebensführung mancher christlicher oder sich doch christlich nennender Kreise, durch die politisch Bedächtigungen mancher sich vor allem als Staatsdiener stehender Geistlichen und durch starres Festhalten der Kirche an alten Dogmen. Die Arbeiter, die aus der Kirche ausgetreten seien, seien z. T. die Aufwiegler und Befürworter. Ihnen sei dann der Sozialismus zur Religion geworden. Was zur Zeit der Staatskirche gefehlt sei, müsse die Volkskirche wieder gut machen. Dazu sei aber eine kluge Taktik nötig. Besonders viel verspreche er sich von Volksproletären aus dem Arbeiterviertel. Was sich getrennt habe, komme am besten wieder durch den Menschen Jesus wieder zusammen. — Die lange, unregelmäßige Auskunftsstelle unter dem Geist der Verführungslehre, obwohl die Anstrengungen über Art und Maß der Schule auf hohem Niveau seien, seien, so schreibt er, recht auseinandergegangen. Dafür wurde festgestellt, dass man sich in den jetzt getrennten Lagern zum großen Teil überhaupt nicht kennt, aber doch in kleinen Bewegungslinien verkehrt habe. Ein Zuspruch von 5 Personen, darunter 2 Sozialdemokraten, übernahm den Antrag, weitere Brücken zwischen der Religion und Arbeiterschaft schlagen zu helfen.

Vollschule. Unter Emile Jola, dem großen französischen Romancier und seine Werke, wird am Sonnabend, abends 8 Uhr Senator Brohm einen Vortrag im Johanneum halten. Jolas Lebensorwerb ist bekanntlich die Schilderung eines ungeheuren gesellschaftlichen Zusammenbruchs. Er war der Kulturstistoriker, Geograph, Geologe und Prophet einer Teufelsinsel, die als ein Reich stehender Habsburg untergeht. Jola war der Begründer des naturalistischen Romans. Schon damals ist er es wert, ihm einige Stunden zu widmen.

Stadt-Theater. Freitag Wiederholung von „Journalisten“; Sonnabend „Martha“; Sonntag „Seefahrt“; abends „Lohengrin“. An den Kammertheatern am Sonnabend und Sonntag: „Am See“, Lustspiel von Doboda.

ph. Ein Diebeslager entdeckt. Ermittelt wurde eine hierwohnende Reinhäuserfrau, die ihren Arbeitgeber schon seit längerer Zeit fortgelebt als möglichen Sachen wie Büroauflösungen, Postkarten, Bilder, Schokolade usw. gestohlen hatte. Eine Durchsuchung ihrer Wohnung förderte ganze Kisten voll Diebesgut zutage. Noch nicht relogosiert werden konnten 21 Paar Kindersocken, 19 Paar Handschuhe, 14 Paar Gummisohlen für Hosenträger, ein großer Herrenkoffer, Marie Borrallo, zwei Alberne Schlüssel und zwei Alberne große Taschen. Da auch Sachen offenbar aus Kleinkauf herkamen, werden die rechtmäßigen Eigentümer erfasst, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde ein Kaufmannslehrling aus Schwartau, der seinem hier wohnhaften Lehrer einen Gabel, Messer, Löffel, Tellern und andere Geräte gestohlen hatte. Ein in Reinbek wohnhafter Handlungshelfer, der das Diebesgut seines Vortelles wegen annahm, ist wegen Fehlertat zur Urteilsgebrüderung verurteilt. Gestogenommen wurde ferner ein Kaufmannslehrling aus Geesthacht, der von einem Lageplan von dem Geschäftshaus seines Lehrers in Travemünde angefertigt, diesen zwei Handlungshelfern in Hamburg übergeben hatte, damit letztere in die Lage versetzt wurden, einen erfolgreichen Einbruchdiebstahl zum Nachteil seines Lehrers in Travemünde auszuführen. Die beiden Einbrecher wurden, wie bereits gestern berichtet, schon festgenommen. — Ebenfalls festgenommen wurde ein in der Wühlenstraße wohnhafter Blauarbeiter, der von dem Lager eines kleinen Spediteurs fortgelebt Güterbedarfsausführungen ausgeführt hatte. Diverses Diebesgut konnte bei ihm noch gefunden und beschlagnahmt werden.

ph. Diebstahl. Wahrscheinlich unter Anwendung eines Nachschlüssels sind am ersten dg. Mts. in der Morterlestraße ein blauer Anzug aus Marinestoff, ein grüngepunkteter Anzug, eine braunlich farbige Hose und Weste, ein hellgrauer Sportanzug, ein weißer Fußball-Stilchen und eine blaue Handtasche gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Cuxhaven. Am 11. März Wahlen Ergebnis. Bei der amtlichen Ermittlung durch das Kreiswahltauschub wurde folgendes endgültige Reichstagswahlergebnis im 14. Wahlkreis festgestellt: Deutschnationale 140 704, Deutsche Volkspartei 128 441, Zentrum 594, Demokraten 84 405, Nationalsozialistische 25 605, S. D. 257 129, U. S. P. D. 20 603, Kommunisten 41 604, Dänen 4697 Stimmen. Sicherheitsmäßig stand zwar die Zahl der ungültigen Stimmen Sie betrug bei der Reichstagswahl 42 674.

Hamburg. Tod im Beruf. In der Küberolschafft in Billbrook geriet der Stellmacher Roske zwischen die Jagndräder einer Möhne und wurde tödlichgeschossen.

Hamburg. Ende des Hauses arbeitet Krebs. Am Donnerstag entgegengesetzte Wahrnehmung bei dem Geschäftshaus gehabt, dass das Angebot des Hafenseitkleebervereins angenommen worden ist. Die Arbeit wird daher am heutigen Freitag wieder aufgenommen. — Raiffeisen-Zunft am 11. März. — August Schulze. — Die Initiatore: Heinrich Siegert. — Der Leiter: Heinrich Siegert. — Der Verleger: Heinrich Siegert. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sitzung in Altona.

Königsberg. Arbeitserlassungen. Auf der hierigen Werft ist sämtlichen Arbeitern ihre sofortige Wirkung unter Fahrleitung von 14 Tagen Lohn gestoppt worden. Es verbleiben nur noch die Maler, Tischler u. a. zur Fortbildung der bis zum 1. April zu liefernden Schiffe. Königsbergs Erwerbsleben ist nun, wenn es nicht gelingt, die Werft wieder in Betrieb zu legen, schwer gefährdet.

Wismar. Vorliegende Einstellung des Arbeiterslebens. Vom 6. März 6.30 Uhr abends bis zum 8. März 11.20 Uhr vormittags ist der Fabrikbetrieb auf dem Hafen und für Verluden-, Gepäck- und Güterverkehr aus betrieblichen Gründen eingestellt.

Bremen. Automobilunfall. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich auf der Schwachhauser Heerstraße in Bremen. Ein Automobil, in dem der Kaufmann Lohmann, der Hotelier Friedrich und dessen Geschäftsführer waren, fuhr mit großer Geschwindigkeit auf einen mit zwei Küken und einem Wirt besetzten unbewohnten Bauernwagen. Dabei erlitt Lohmann schwere Kopferkrankheiten, dass er nach kurzer Zeit an einem Bluterguss ins Gehirn verstarb. Auch Friedrich, der das Auto steuerte, trug schwere, doch nicht tödliche Schädelverletzungen davon, während der dritte Insasse des Autos nur leicht verletzt wurde.

Oldenburg. Landtag. Der Gesetzentwurf für den Landestell-Lübbecke betreffs Verbilligung der Chlattoffeln für Minderbemittelte steht zur Verhandlung.

Zur Deckung des Aufwandes ist auf die landwirtschaftlich nutzbare Bodenfläche eine Gelantumlage von 500 000 Mark auszuschreiben. Der Gesetzentwurf wird ohne wesentliche Debatte in erster Lesung angenommen. — Ein weiterer Gesetzentwurf steht für die Landestell-Lübbecke für die Landesversammlung bereit. Konferenz, dass er die Anwendung der Schulgebühr für die Landestell-Lübbecke und Birkensiedlung vor, dass der Satz: „Die Festelegung des Schulgeldes bedarf der Genehmigung des Oberhauptsgremiums“ geflügelt wird, wie dies für den Landestell-Oldenburg geschieht ist. Der Gesetzentwurf wird in erster Lesung angenommen. — Der Gesetzentwurf für den Landestell-Lübbecke zur Ausführung des Reichssteuergesetzes wird in erster Lesung angenommen. — Es folgt die Beratung des selbstduldigen Antrages des Abg. Tanzen (Dem.): „Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung dazuhören zu wünschen, dass der § 8 der Kleingart- und Kleinpacht-Landordnung vom 31. Juli 1915 dahin geändert wird, dass die dort bezeichneten Vorschriften auch für die Verwaltung von Grundstücken bis zu einem Hektar Größe zur landwirtschaftlichen Nutzung durch die Landesversammlung erlassen werden können.“ — Die Landesversammlung hat durch Gelehr vom 8. März 1920 die Zwangsparzierung bis zur Größe von ½ Hektar zugelassen. Der Zweck war, denjenigen Landbewohnern, die eine Kuh oder Kleinvieh halten, aber kein Land bekommen können, dieses durch Zwangsparzierung zu beschaffen. — Ein weiterer selbstduldiger Antrag Tanzen (Dem.) fordert, dass 1. die Größe der in der Pachtshofordnung im § 1 Abs. 1 unter 1. die bezeichneten Grundstücke bis auf ½ Hektar erhöht wird (bis 2½ Hektar); 2. die Pachtung von Grundstücken durch Personen, die nicht in bestimmten Grenzen erlaubt ist. Durch den Antrag soll verdeutlicht werden, dass Eigentümer verpflichtete Grundstücke zur Selbstbewirtschaftung einzulehen und größere Pächter als die wirtschaftlich kräftigsten kleine Pächter auspacken. — Der erste Antrag wird in nemantlicher Abstimmung mit 23 gegen 19 Stimmen angenommen. Dafür stimmen Sozialdemokraten und Demokraten geschlossen, vom Zentrum die Abg. Haselamp und Röske. Der Abg. Röper-Burmeister (Sp.) hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen. — Der zweite Antrag wird gegen die Stimmen der Volkspartei und des Zentrums-Abg. Meyer-Holte angenommen. Für den Antrag stimmt diesmal auch der Abg. Röper-Burmeister (Sp.), der bei dem vorhergehenden Antritt gelassen hatte.

Neueste Nachrichten.

Möglichkeiten weiterer Verhandlungen.

London. 4. März. „Daily Chronicle“ bestätigt die Möglichkeit eines Auswegs trotz des bedrohlichen Ultimatums. — „Daily News“ zu folge hat Staatssekretär Schröder nachts eine Erklärung abgegeben, dass die bisherigen Vorschläge nicht in jene Richtung gesetzt werden, die eine Annahme des Reichssteuergesetzes erfordert. — Ein weiterer selbstduldiger Antrag Tanzen (Dem.) fordert, dass 1. die Worte stehen, und hat eine andere Einschätzung sowie ein Kompromiss bezüglich der Exportsteuer an. Er betonte, dass die bisherigen Vorschläge mit den ursprünglich beschäftigten nicht übereinstimmen. Auch die „Daily News“, die von englischer Seite bestens unterstützt wird, zeigen die Grundzüge für ein mögliches Kompromiss auf der angebauten Basis. Die leichten Berichte deuten wieder den Grundgedanken eines Rückzugs zur früheren Einigung der Sachverständigen in Brüssel und Paris sowie das Prinzip an, eine zufällige Besteuerung der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. Immerhin, sagt die „Daily News“, wird eine Lösung schwierig sein und Zeit verlangen.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 8. März. Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	8. März	2. März
Holland	100 fl.	2155
Kopenhagen	100 Kr.	1110
Stockholm	100 Kr.	1897½
Kristiania	100 Kr.	1057½
Helsingfors	100 finn. Mk.	185
Schweiz	100 Frs.	1040
Wien (all)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	14
Budapest	100 K.	14%
Prag	100 K.	79</td

Lederwaren!

Ausnahme-Angebot
Freitag · Sonnabend · Montag

Damen-Besuchertasche gute Lederqualität, schöne Formen	18,-
Damen-Besuchertasche großes Format, kräftiges Leder	36,-
Damen-Besuchertasche extra große Form, Spiegel und Portemonnaie, gute Ledersorten	45,-
Damen-Besuchertasche verschiedene farne Farben und Materialien, vorzügliches Leder	86,-
Damen-Besuchertasche viele Farben u. Formen mehrere Innentaschen, feines Leder	98,-

Handkoffer, Kesseltasche, Handtaschen
Aktenmappen
in Leder, Segeltuch, Vulkanüber und
Lederlack, besonders große Auswahl.

Geldscheintaschen, Brieftaschen, Zigarettenetaschen,
Portemonnaies
in vielen Ausführungen und Farben
zu billigen Preisen.

"Goodyear Welt"

eine außergewöhnlich gute
Qualität
zu außergewöhnlich billigem
Preis.

Damen-Schuhstiefel Chevreau und Boxfisch, mit und ohne Lacklappen, verschiedene ganz moderne Formen, seine Ausführung	138,-
Damen-Stiefel Chevreau und Boxfisch, seine Verarbeitung, eleg. Formen, erstill. Ausführung	165,-
Herren-Stiefel Leder, Chevreau, Boxfisch usw., gute Fabrikate, mod. bequeme gut pass. Formen	165,-

Frischjahrs-Neuheiten
in sorbig und schwarz, allerneuste
Modelle erstklassiger Fabrikate • •

Restpaare auf Extra-Tischen

anderer Ausführungen, vorzügliche Qualitäten
in verschiedenen Formen und fast allen Größen

79,- 98,- 115,- 125,-

Demnächst der staunenerregende Verkauf:
„Billige Arbeitsstiefel“.

KOMMSTADT

Lübeck

Verein der Musikfreunde.

Leitung: Kapellmeister Mannstädt.

Grosses

Volkstümliches Konzert

am Freitag, dem 4. März 1921,
im Gewerkschaftshause.

Feines auserlesenes Programm.

Abonnementkarten haben Gültigkeit.

Vorverkauskarten in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und im Gewerkschaftshause. (14468)

Eintritt 2 Mk.

Anfang 7½ Uhr.

Eintritt 2 Mk.

Anfang 7½ Uhr.

Chorverein Lübeck

Mitgliedschaft des deutschen Arb.-Sängerbundes.

Grosses Konzert

am Dienstag, dem 8. März
im Gewerkschaftshaus.

Mitwirkende: Frauen-, Männer- und
Gemischter Chor mit Orchester (45
Musiker). Solist: J. Immendorff
vom hiesigen Stadttheater.

Chormeister: Robert Sulanke.

Zum Vortrag gelangen Lieder von Offenbach,
Mozart, Wagner, Uhmann, Eisässer usw.

Anfang 7½ Uhr.
Eintritt für Mitglieder 1 Mk., Fremde 2 Mk.
14517) Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten
und Heizer. Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

BALL

am Sonnabend, d. 5. März,
im Konzerthaus Lübeck.

Anfang 6½ Uhr.
Serenen 3 Mk.

Eintritt 2 Mk.
Damen 2 Mk.

Das Komitee.

Lebensmittel billig.
Ba. Voll-Reis 3.—
Bruch-Reis 2,50
Gr. Süße Blaumen 4,00
Tilsiter Röfe 9,00
Rössner o. Stein ¼ Pf. 2,50
Tilsiter Fettküsse 13,50
Weißes Schmalz 10,—

Aug. Weiß
14496) Untertrave 58.

Babytorb mit Himmel
zu verkaufen.
14504) Wimstr. 42b. I.



Freier Wassersport-verein Lübeck.

14498 Einladung zum

1. Stiftungs-Fest

am Sonnabend, dem 5. März 1921, im
Gewerkschaftshaus.

Anfang 7 Uhr. Kinder haben keinen Zutritt.

Ende 2 Uhr. Der Vorstand.

Unsere neue Damen- u. Herren- Konfektion!

Moderne Dam.-Kostüme

farbig, blau, schwarz
140, 250, 480, 690, 860 bis 1600

Moderne Damen-Mäntel

hell und dunkelfarbig
62, 95, 190, 320, 530 bis 950

Damen-Kleider-Röcke

farbig und schwarz
26, 32, 58, 76, 98, 130 bis 228

Zerlige Konfirm.-Kleider

schwarz und farbig
165, 225, 320, 450

Sleiderkleide, Auszugskleide, Beflocke, Gardinen.

Manchester: Joppen, Hosan, Auszüge.

Blane Herren-Auszüge

unser Spezialität
650, 870, 950 bis 1200

Zarbige Herren-Auszüge

moderne Stoffe
350, 520, 780, 900 bis 1200

Schwarze Gehr.-Auszüge

prima Stoffe
750, 900, 1100 bis 1500

Konfirmationen-Auszüge

blau und farbig
300, 420, 540, 650

Verein der Aquarien- und Zierfischfreunde
zu Lübeck.

Vortrag des Herrn Wilh. Blohm:

Bilder aus der heimischen Tierwe

mit Eichhörnchen

am Montag, dem 7. März 1921

im großen Saale der Gemeinn. Gesellschaft, Königstraße Nr.

Uhrzeit: 8 Uhr. Eintr. M. 2,50. Kostenöffn. 7½ Uhr.

Vorverkauf bei Nagel, Am Markt, Karge, Hüfner,

Struve, Breite Str., Michael, Breite Str.

(14499)

Stadthallen-Lichtspiel

Vom 4.—10. März 1921:

Die neueste

Film-Operette

in 5 Akten

„Wenn die Liebe nicht wär“

mit

Lotte Werkmeister, Henry Bender, Paul Westmeier

Außerdem:

Gehnsucht.

mit Konrad Veidt.

Turnverein Stockelsdo

und Umgegend.

Groß. Maslenbach

am Sonnabend, dem 5. März 1921:

im Gesellschaftshaus O. Oldenrichsen, Fackenburg.

Anfang 7 Uhr.

Maskenzug 8 Uhr.

Eintritt für Zuschauer: Damen 3 Mk., Herren 4 Mk.

Eintritt für Masken 3 Mk.

Den Zuschauern ist der Tanz nur mit einem
humoristischen Kappe gestattet. Kappen sind im Vor
zu haben.

Kinder haben keinen Zutritt.

Der Vorstand.

Ghers & Beetzwisch

Holländische 1.

St. Petri 2—4.

Öffentliche
Verdingung

Die Ausführung
Malerarbeiten in der N
iechhalle soll im Wege
öffentlichen Verdingung
gehen werden. (144

Angebote sind bis
dem 10. März 1921

mittags 12 Uhr
im Bauamt, Mühl
damm 10, stattfinden.

Termin in verschlossen
mit entsprechender Aufsicht
verschlossen Umschläge
das Bauamt einzurichten.

Lieferungsverzeichnisse
Bedenken liegen
Bauamt zur Einsicht a
auch können sie gegen
Stattung der Schreibgedächtni
von dort bezogen werden.

Zuschlagsatz 2 Woche.

Lübeck, den 8. März 1921.

Das Bauamt.

Abteilung Hochbau.

Karl Lahrtz, Böttcher

16./14. Ig. Rindfleisch

Wfd. 6.

Pratentücke p. Wfd. 2

Rindfleisch 11.

Grießbeefsteak 12.

Rindfleisch Wfd. 7.

gettes Schweinesleisch 14.

Wa. ger. fett. u. mag. Sp

14477) Wfd. 14.

Ochsenfleisch Wfd. 14.

J. Kunze, Wfd. 10.

Walauerfohr 28. Februar. 21.

Ab heute:

Billige Verkaufslage

Bedeutend herabgesetzte

Preise auf alle Waren

Hermann Libau

Schwarzer Allee 53/55.

Wa. Schweinesleisch

Wfd. von 14.

Rindfleisch Wfd. 7.

Kalbfleisch z. Braten

Wfd. 8.— und 9.

ger. fett. u. mag. Sp

Tirpiz.

In der letzten Zeit hat der frühere Großadmiral v. Tirpiz wieder eine lebhafte journalistische Tätigkeit entfaltet, die, wie alle Bewegungen dieses Herrn, Aufmerksamkeit erfordert. In der „Kreuzzeitung“ brachte Tirpiz dieser Tage einen mit der gesetzten Faust geschriebenen Artikel, der, wie die „Frank. Ztg.“ zutreffend schreibt, an die Blütezeit der Kriegspropaganda des Reichsmarineministers erinnert. Er ist ebenso verlogen und aufgebläht, wie die Flensburger Rede, bei der die verbliebene Größe u. a. die Wahrheit sah auf den Kopf stellte:

Tirpiz liegt über Deutschland, um so schmeichelnder, als nicht Übermacht unserer Feinde, sondern innere Zwietracht uns in den Abgrund gestürzt hat. Die Zusammengehörigkeit und die Arbeitsgemeinschaft waren unserem Volke verloren gegangen. Das half den Räuber ringum, die nur auf die Gelegenheit lauernd Deutschlands blühende Wirtschaft an sich zu reißen. Wir machen uns mehrlos und darauf ehrlos. Möge unserem Volke immer klarer werden, daß Großes nur geleistet werden kann, wenn der Kopf die Faust führt. Nachdem dann Tirpiz die Londoner Verhandlungen mit seinem militärisch aufgeblasenem Mund nach Möglichkeit erüschte, behauptete der Herr, in unserem Volke sei ein Tiefstand eingetreten, wie nie zuvor in seiner 2000jährigen Geschichte. Den Tiefstand mit herbeigeführt zu haben, ist mit die Schuld des Großadmirals. Auf denselben Ton gestimmt ist sein Kreuzzeitungsaufsteller. Mit Verschweigung aller Tatsachen, die über den Ursprung des Krieges bekannt geworden sind, werden die Legenden der Vaterlandspartei noch einmal aufgetischt. Dem toten Bismarck wird nachgesagt, er habe die Ausschöpfung der deutschen Wehrkraft soviel als möglich verhindert, „wacker unterstellt in diesem Verfahren durch den Ressortfanatismus des Herrn Wermuth und die belannnte Reichsmichelei“, während alle, die der Ansicht waren, gegen Einbrecher und Räuber schützen man sich am besten durch eigene Stärke und Aufmerksamkeit, von den Philistern der Radikaldemokratie und einer gewissen Presse beschimpft und verdächtigt worden seien. Tirpiz erdreistet sich zu schreiben: „Auf einen militärischen Zusammenschluß Deutschlands rechneten die Gegner nicht, solange der alte Reichsorganismus bestand. Deshalb drängten sie auf Demokratisierung und fanden in diesem Verlangen die wälfte Unterstützung der Väter der Juliresolution.“ Das sagt der selbe Mann ausdrücklich, der in seinem eigenen Memoiren die Verrottung der Cliquewirtschaft um den Kaiser mit Unbarmherzigkeit aufdeckt und der sich röhnt, schon wenige Monate nach Kriegsausbruch niedergeschrieben zu haben, daß die Demokratisierung Preußens und Deutschlands unbedingt kommen müsse und sogar die Aufnahme von Sozialdemokraten in die Regierung notwendig sei! Jetzt behauptet er, die Demokratisierung sei uns vom Haubund aufgedrückt worden und die Wehrheitsparteien des Reichstages hätten darin feindlichem Verlangen nachgegeben. Über das Ende des Krieges weiß Tirpiz zu berichten, daß Hindenburg und Ludendorff und Scheer zum äußersten Kampfe aufforderten; daß die Reichsregierung von der Obersten Heeresleitung dringend aufgefordert wurde, so rasch wie möglich einen Waffenstillstand zu erbeiten, ver-schweigt der Großadmiral.

Dass Herr v. Tirpiz die Einwohnerwehr trotz Einspruchs der Entente beibehalten wissen will, braucht kaum angeführt zu werden. Er will sie natürlich nach bayrischem Vorbild und zu demselben Zweck, wie die Kahr und Konsorten. Wer so schwer bestellt ist wie Tirpiz u. Co., würde am weisesten handeln, den losen Mund zu halten.

Im Wehrausschuss des Reichstages

wandte sich bei der Fortsetzung der Beratung des Wehrgeheges Minister Gehler gegen die Behauptung, das Wehrministerium sei in Punkto Zeitungswesen nicht liberal verfahren. Der „Vorwärts“ widerlegt diese Rede an der Hand von Tatsachen, aus denen hervorgeht, daß die reaktionäre Presse überall in den Kabinetten verteilt wird, während man die sozialdemokratische mit Bedacht fernhält. Zu § 25 äußert sich v. Gallwitz (DN) und Dr. Haas (Dem.) in mehr zustimmendem Sinne. Nach dem Para-

graphen soll Zugehörigkeit zu nicht politischen Vereinen, sofern sie nicht aus militärischen Gründen verboten wird, den Soldaten gestattet sein. Wird der Beitritt zu einem solchen Verein durch den Standortältesten verboten, so ist Beschwerde beim Reichswehrminister zulässig. — Abg. Schöpflin (Soz.) tritt dafür ein, daß den Soldaten die wirtschaftliche Interessenvertretung gestattet wird. Streik, passive Resistenz und vergleichene Kampfmittel werden von den Wirtschaftsverbänden der Berufssoldaten nicht in Anspruch genommen. Wenn nicht das System des alten preußischen Kriegsministeriums fortgeführt wird, kann man mit den Verbänden sicherlich gut auskommen. Die Entscheidung über ein Vereinsverbot darf nicht in die Hand des Standortkommandanten gelegt werden, sondern muß dem Reichswehrministerium zustehen. Der Reichstag wäre dann die Kontrollinstanz und zugleich eine Schutzinstanz. Dazu steht noch bei den Mannschaften ein gewisses Misstrauen gegen die Offiziere vorhanden ist, ist auf das absolute Verhalten von Offizieren während des Krieges zurückzuführen. — Abg. v. Schöpflin (DNB): Ein Teil der Offiziere hat während des Krieges Fehler gemacht. Aber die Revolution und der Amnestievertrag der Volksbeauftragten haben es unmöglich gemacht, die kühndigen Offiziere zur Rechenschaft zu ziehen und auszuholzen. Das trifft nicht zu. Vergl. den Fall Hitler! Das Geständnis des Herrn v. Schöpflin werden wir uns merken. (Red.) — Reichswehrminister Gehler: Ein Heer mit Streikrecht will niemand und ein solches Heer ist undenkbar. Zweifellos wollen die wenigen Soldaten ein solches. Aber man muß dafür sorgen, daß der Staatsgebilde nicht leidet. Die Folgen der Organisationsfähigkeit haben sich in unangenehmen Auseinandersetzungen in den Kabinetten gezeigt. Man muß sich die Folgen davon klar machen. Dem politisch doch stark engagierten R. d. B. S. kann ich kein Privilegium einräumen. Ich bin aber bereit, mit diesem Verband zusammenzuarbeiten, ebenso wie mit den anderen. Der Minister schlägt hierauf das Verhalten des R. d. B. S. während des Kapp-Putsches. Der Vorsitzende des Verbandes hat damals in das Land hinaus telegraphiert, mit der rechtmäßigen Regierung nicht zu verhandeln. Später ist das doch geschehen, es ist aber auch mit Kapp-Lüttwitz verhandelt worden. Als die Leitung des R. d. B. S. erkannte, daß die rechtmäßige Regierung Herr der Lage war, lenkte die Verbandsleitung ein, verlangte aber, daß sämtliche Leitungsstellen den Mitgliedern des Verbandes eingeräumt würden. (All das sind ganz erstaunliche Geschichtsschritte und wesenlich zum Sturz des Kapp-Unternehmens beigetragen hat bezüglich Herr Gehler des Kappismus, die wirklichen Kappisten wie v. Dassel, v. Loßwitz usw. befördert er!)

Die Sprache der Urbayern.

Unter dem Titel „Preußisch-Böhmisch-Weißrussisch“ lesen wir in einem Artikel des „Miesbacher Anzeigers“ Saftigkeiten wie diese:

„Die Pressehege der norddeutschen Klosettppapiere gegen Bayern geht noch immer weiter. Die schwärzemaillierte „Germania“ heißt mit. Innen rot marmoriert und außen pechig, zeigt sie das Bild der Partei, die hohe schon — trotz des blamablen Ausfalls der Wahlen — für einen Linksschlüssel eintritt...“

Von den Demokraten nicht zu reden. Das scheint in Preußen die Kerichtonne zu sein für unbrauchbar gewordene Waschlappen.

Etwas anderes aber gibt zu denken. Die preußische Regierung geht nun schon dazu über, Kommunisten als Banditen zu bezeichnen! Vorbereitungen für den Sowjetstaat, an der Spitze der Jüde Levi! ... Und solche Hundrotte, die sich preußische Minister nennen, machen sich an, über unseren bayrischen Ministerpräsidenten zu Gericht zu sitzen.“

In Oberösterreich sollen in den nächsten Tagen die Wahlen stattfinden. Glaubt man nicht, daß dieser Berliner Saustall auch die den Ausgang dieser Wahlen von entscheidendem Einfluß sein kann?“

Klosettppapiere, Kerichtonne, Saustall — an diesem Stützpunkt man wenigstens, in der Nähe welcher Gefilde heute in Bayern Politik gegen Preußen und das Reich gemacht wird!

Rosseler Kommunistenprozeß.

Am 11. Verhandlungstage wurden Harbich und Auferstraße gegenübergestellt. H. bleibt dabei, A. habe ihm 200 Mark für den Fall angeboten, daß er alle Schulden auf die kommunistische Partei schulde. Die Rolle, die Auferstraße gespielt hat, ist noch immer ungeläufig. — Hierauf begann der Staatsanwalt mit seinem Plädoyer. Er verteidigte das Programm der Organisation Elberfeld und verurteilte dasjenige der Kommunistischen Partei, in dem das Wort Aufstand vorlomme, in dem von revolutionärer Bewegung die Rede sei, und wo die parlamentarische Aktion als zweiter Linie kommt bezeichnet wird. Die kommunistische Partei sitzt im Reichstag und berät mit den übrigen Parteien über Gesetze und Verordnungen. Durch zu große Nachsicht der Behörden mit den Linkenradikalen seien die Angeklagten auf ihrem Wege verstärkt worden. Die Milde der Regierung und der Behörden gegenüber den Linkenradikalen habe das Bewußtsein der Rechtsbürgertum bei den Angeklagten getrübt. Die schwersten Strafen gegen die Angeklagten Klingmüller, Schröder und Boisser verdient. Alle drei seien Führer. Boisser sei ein Rätsel. Ein deutscher Mann, der als Offizier vor dem Feinde gestanden habe, der als Zugenderzieher mit gutem Beispiel vorangehen sollte, habe sich soweit vergessen, daß er gegen die Regierung militärische Rücksichten betriebe. Es sei unwahr, daß die Angeklagten, wie auch die kommunistische Partei damals davon gedacht haben, sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die kommunistische Partei und das Gerippe einer Roten Armee, seien Unarbeitsformationen. Der Staatsanwalt beantragt gegen Klingmüller, Schröder und Boisser je drei Jahre Zuchthaus ohne Überstellung der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen Lohmann und Sachse je zwei Jahre Gefängnis. Bei Lohmann komme erstaunend in Betracht, daß er die Jugend vergriffen habe. Für die beiden übrigen Angeklagten Habrich und Küller seien je ein Jahr Gefängnis ausreichend. Das Urteil wird wahrscheinlich erst am Sonnabend verkündet werden.

Aulods Helden.

Die Schreckensherrschaft der Aulod-Helden während der Breslauer Kapp-Tage wird durch die weiteren erblichen Zeugenaussagen immer grauenvoller geschildert. Verhaftungen aus rücksichtigen Ursachen, die durch das provozierende Verhalten junger Aulod-Offiziere hervorgerufen wurden, die unmenschliche Behandlung der Festgenommenen, die an einen Tisch festgeschnallt und von 10 bis 20 Mann in barbarscher Weise mit Gummitülpen, Reitwaffen u. a. m. geschlagen wurden, immer dasselbe Bild unmenschlicher野heit. Nach der Aussage eines Zeugen erkläre sich der Führer dieses Freikorps, Oberleutnant v. Aulod, selbst bei ihm, ob er schon seine „Abreibung“ erhalten habe. Neben Haupt ist der ohnmächtige und schlafende Offizier eine Sklave, die in dieser Gerichtsverhandlung überall auftaucht, nur nicht auf der Anklagebank.

Einiges aus der Zeugavernehmung: Der Zeuge Helmrich wurde am 17. März abends durch elf Soldaten mittels Auto nach dem Schloss gebracht, wo er Spiekhaken löschen mußte; dann wurde er zum Generalkommando gebracht und dort gefragt, ob er der Unabhängigen Sozialdemokratie angehöre. Nach vor der Antwort erhielt er Knastkläge ins Gesicht. Ein Leutnant warf ihm vor, daß er in Gauden einen Offizier erschossen haben sollte. Er verneinte dies, worauf ihm der Offizier den Revolver an den Hals setzte und mit Eisäulen drohte, falls er nicht die Wahrheit sage. Es würde ihm so gehen, wie dem Juden Schottländer. Auch im Keller wurde ihm eine Pistole an die Stirn gesetzt, und er wurde mit Gummiknöpfen und anderen harten Gegenständen bearbeitet. Der Offiziersstellvertreter Walter rief dem Leutnant zu: „Schieß das Glas doch tot!“ In einer Ecke brach der Zeuge dann bewußtlos zusammen. Als er wieder zu sich kam, sah der Angeklagte Bistup auf ihn ein, und zwar solange, bis er keinen Pant mehr von sich gab. Man wollte ihn durchaus zu einem Schuldbekenntnis zwingen. Vor Schmerzen bekannte er sich schuldig.

Der nächste Zeuge, Dr. Hansen-Chemnitz, war zu jener Zeit beim Aulod-Bataillon. Er schlägt den Walter als einen krammen Soldaten, gegen den er nichts Nachteiliges sagen könnte. Der Arzt Dr. Werther damals beim Freikorps Paulsen tätig, hat einzelne Zeugen untersucht. Die Leute hätten sich körperlich und geistig ganz gut gefühlt!!! Der Zeuge, Schiffsschreiber Keller wurde am 16. März früh 4 Uhr in seiner Wohnung in Thianisch aus dem Bett verhaftet, ohne zu wissen, um was es sich handele. Es wurde ihm zur Last gelegt, sich politisch betätigt zu haben (das größte Verbrechen bei den „Preußen“). Red.), ferner Machtmittengewerbe befreit zu haben. Tiefgründig eine strafbare Handlung hatte er nicht begangen. Man brachte ihn ins General-

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperd.

6. Fortsetzung.

5. Der grüne Federbusch.

Fast sollte man meinen, es ist das letzte Stilus deutscher Vaders, auf dem unser Fuß wandelt, wenn man die weitgestreckten Läden, betrachtet, die sich im Rücken der Stadt, hinter dem großen Eisenbahnviadukt, bis an den Strom, ja noch weit darüber hinaus dehnen. Denn die Wellen, die von dort ostwärts dem Meere austreten, kommen nun bald zu einem Volle von anderer Gesinnung und einer Sprache, die ohne Verwandte und Vertern, wie ein verwässertes Kind, und vielleicht darum so melancholisch anklängt — zu dem Volle der Magyaren. Aber schon hier, kaum eine halbe Stunde hinter der lebenamtenden deutschen Stadt tritt Strom und Landschaft ein Gespräch, als wollten sie sich beide für die große Reise gleichsam vorbereiten. Der eine, weil er in die ebene Steide denn doch hinaus muß, die andere, um ihm das Scheiden nicht allzu schwer zu machen. Die waldbekränzten Höhen sind zurückgetreten; von nun an wird das Auge nur flachen, kaum über den Strom sich hinaushebendem Lande begegnen. Das wird so weitentwinkel, tagelang so wähntlich sich dehnen und strecken, unabsehbar, bis tief unten im wildfremden Gebiete ermattet und verendet das alles sein Ende findet; die große Stromader, die dem Herzen des Schwarzwaldes entsprang und die Landschaft; — denn das ewige Meer tritt dann in sein uraltes Reich!

Die Blut eines kleinen Zentimetros breitet über diesen einsamen Stromauen. Es ist eine solche Stille ringsum, ein so lautloses Weben der unbewegten Luft, als ob alles vom Banne eines märchenhaften Schlosses umfangen wäre. Sie und da entsteht wie aus weiter Ferne die Art eines Holzschlägers, oder sieht ein Vogel auf, dem irgend etwas in seinen Träum hineingespielt hat, oder endlich, es holt aus dem Gestirne eine oder die andere verschloßene Gestalt, um schnell wieder zu verschwinden; denn die „grüne Weltfrau“ hat unter dem altesten Volk, das etwas leichterer Natur ist, vieleanhänger.

Aus dem mittleren Bogen des Blabucks kommt jetzt ein braunes Werk herab, auf dem Werk sitzt ein Reiter, dessen grüner Federbusch weit hin sichtbar ist. Sein schwarzes Wehrgekleid und die goldenen Samtärmel vorne an seinem Brustärmel ebenfalls in der Sonnenblut des Mittags. Das ist in diesem Augenblick die einzige lebensverratende Punkt der ganzen Gegend — von ihm gegen schärfste Augen aus, die nach allen Richtungen auslugen... Aber sie gewahren nichts!... Alles schläft, alles träumt,

vielleicht selbst der Reiter auf seinem Pferde, der zu wachen glaubt, weil man ihn gewöhnlich eines der „Augen der Gerechtigkeit“ nennt. Nicht einmal das blaue Gewand bemerkte er, das dort von jenseits des Fahrmeuges, da, wo die breiten Thornbäume stehen, herüberblinkt... es muß in der Luft etwas Verzuschendes, Sinnbedrohendes liegen! Das braune Pferd des Sicherheitswächters trabt milde vorüber; es ist wieder still geworden. Die Mittagsruhe bricht weiter.

Da hebt und regt es sich unter einem der Thornbäume. Stimmen werden laut.

„Franzi!“

„Der Mann ist nicht mehr zu sehen.“

„Sieht man wirklich gar nichts mehr von ihm?“

„Du kannst ganz ruhig sein, Heini.“

„Franzi!“

„Was willst Du?“

„Siehst du auch den grünen Federbusch nicht mehr?“

„Gar nichts!“

„So setz dich wieder!“

Es wurde wieder still unter dem Thornbaum.

Sie sahen sich neugierig in dem Grabe, das rings um den Baum fast tiefschwarz steht.

„Warum hast du so geweint, als sie das kleine verwachsene Mädchen herabrunben?“

„Weil sie mir leid getan hat.“

„Du sollst aber nicht weinen, Franzi.“

„Warum nicht?“

„Ich will es nicht.“

„Hast du die kleine Nina Blüthenstern gekannt?“

„Sie war hässlich, und ihre Mutter handelt mit alten Sachen.“

„Du hast bis jetzt schön.“

Und wieder nach einer Weile fragte der Knabe:

„Du mögest schon wieder. Warum weinst du?“

„Weil ich mich fürchte, Heini.“

„Woher?“

„Wenn ich an Nina Blüthenstern denke.“

„Weil sie tot ist?“

„Heini, Heini, das ist es nicht. Ich habe sie sterben gesehen, und das kann ich nicht vergessen... Und dann...“

„Was?“

„Sie hat die blonde Puppe, die ich ihr von meinem Gesicht gekauft habe, auf den Boden geschubbert, daß sie in Stücke gebrochen ist.“

„Sie war sehr fröhlich.“

„Nein, nein, Heini... das weiß ich besser.“

„Warum sagst du's nicht?“

„Ich kann nicht, Heini, ich kann nicht... Es geht mir so im Kopfe herum... und ich fürchte mich auch, Heini... Es geht mir nicht aus dem Kopfe... ich mag ansaugen, was ich will.“

„Du bist närrisch, Franzi.“

„Dann bin ich's, weil ich gar nicht weiß, was ich mit mir anfangen soll. Du magst recht haben, Heini... Und dann hast du auch nicht gesehen, wie sie sie begraben haben.“

„Wie war's?“

„Wie sie sich in dem Sarg aus vier Brettern lag, haben sie ihr auf beide Augen gläserne Scherben gelegt von einer zerbrochenen Flasche. Ich habe gefragt wozu? Sie haben mir erklärt: damit die blaue Erde sie nicht zu sehr drückt. Darauf hat das süßeste Schwesternchen der Nina auch die zerbrochene Suppe mit in den Sarg geben wollen. Darauf hat aber Ninas Mutter geschrien: Um Gottes willen nicht! Die Tote hätte dann keine Ruhe in ihrem Grabe.“

„Warum nicht?“

„Sie können nur ehrliches Gut gebrauchen! hat Ninas Mutter gesagt. Wenn aber nur ein unehrlicher Laden dabei ist, so kann ihr Unes Kind nicht zur Ruhe kommen, und dann wäre das meine Schuld!“

„Und du hast ihr das alles geglaubt und glaubst es noch immer?“

„Ich fürchte mich immerfort, Heini, bei Tag und bei Nacht.“

„Franzi!“

„Schwein

kommando und stellte ihm zunächst dem Oberleutnant Küller vor. Im Keller wurde er mit harter Gegenstände bearbeitet. Walter habe ihn den Mannschaften mit den Worten vorgeführt: Das ist aber mit dem Ehernen Kreuz. Kehler trug tatsächlich berechtigterweise das Kreuz und hatte es angesteckt. Dann wurde der Junge wiederum mit einer Peitsche geschlagen. Von morgens bis abends musste er mit dem Gesicht nach der Wand stehen. Walter habe den Befehl gegeben, sobald sich einer umdrehe oder spreche, solle er erschossen werden. Er beschreibt auch, daß alle Kerne, die das Zimmer betraten, schwer mishandelt wurden. Der Arbeiter Schröder ist ebenfalls am 18. März in Klein-Eichhans aus dem Bett heraus von einer Wulsdorfer Patrouille verhaftet worden. Auch er erklärt, daß er nach seiner Einlieferung ins Generalkommando schwer mishandelt worden sei, und zwar durch Schläge mit einem Stahlhelm. Der nächste Zeuge, Arbeiter Klinke, war am 18. März auf der Wulsdorfer Brücke. Er wurde unter der Verdächtigung verhaftet, eine Bekanntmachung der „neuen Regierung“ abgetragen zu haben. Im Generalkommando fragte ihm ein Offizier, ob er seine feste Abreibung weghabe. Nach Bejahung der Frage muhte der Zeuge von abends 7 Uhr bis früh 10 Uhr mit dem Gesicht nach der Wand stehen. Ähnlich erging es dem nächsten Zeugen, dem Schmied Schaar, und dem Arbeiter Janus.

Reich und Ausland.

Ein selten dreister Raubüberfall wurde Mittwoch nacht in der Hohenstaufenstraße zu Berlin verübt. Den Verbrechern fielen 1500 M. bar und für eine viertel Million Schmuckstücke in die Hände. Sie brachen in die Villa eines bekannten reichen Gardeoffiziers ein, wo sie sich bis in das Schlafzimmer der Ehefrau des Diensthabers durcharbeiteten. Hier schalteten sie das elektrische Licht an, und von den beiden Räubern nahm der eine am Fuß, der andere am Kopfende des Bettes der in dem Zimmer allein schlafenden Frau Aufstellung. Als diese durch das Geräusch erwachte, sah sie die beiden fremden Männer dastehen. Beide trugen Halbmasken, der eine, der am Kopfende stand, hatte außerdem in der einen Hand einen Revolver, in der anderen einen Dolch. Er war der Wortsführer und sagte der Überresten, Sie möge sich ruhig verhalten, ihr würde dann nichts geschehen. Sie habe es nicht mit gewöhnlichen Räubern zu tun, die nach ihrem Leben trachten, sondern mit stellenlosen Attentätern. Sie

möge nur liegen, wo sie ihr Geld und ihre Schmuckstücke aufbewahre, dann würde ihr nichts geschehen. Um die Überfallene am Hörer zu verschrecken, krebelten sie sie, hielten ihr Hände und Füße mit Stricken und bestellten außerdem noch die Beine mit einem Seilstricken am Bett. Dann nahmen sie zuerst aus einem im Schlafzimmer stehenden Schranken 1500 Mark barres Geld und aus einem Tresor, den sie mit den Schlüsseln öffneten, eine große Menge wertvoller Schmuckstücke, zusammen für mehr als 250 000 Mark. Mit der Kette suchten sie sodann das Bett und ließen die gefesselte und getrennte Frau hilflos zurück. Dieser gelang es, sich nach 1 Stunde zu befreien und ihren Ehemann und das Dienstpersonal, die alle im Hause schliefen und von dem Überfall nicht das geringste gemerkt hatten, zu benachrichtigen.

Eine Haftschmugglerbande mit dem Hauptst. in Köln hat die Hildenstorfer Kriminalpolizei entdeckt. Bissher wurden elf Personen verhaftet. Die Gesellschaft betrieb annähernd drei Jahre die Herstellung von falschen In- und ausländischen Banknoten. Ferner wurden für mehrere Hunderttausend Mark falsche Einkommensteuermarken zu 25 M. das Stück fabriziert. Die Gesellschaft unterhielt eine Nachz-Werftstätte. Als die Haftschmuggler merkten, daß ihnen die Polizei auf der Spur war, versenkten sie die zur Herstellung des Haftschmuggels dienenden Mittel in einen Stromkanal in Köln, aus dem Kriminalbeamte sie wieder herausholten. Haftschmugglern wurden bisher 800000 M. an Falschgeldschulen und Einkommensteuermarken. Es ist ermittelt worden, daß die Fabrikation des Haftschmuggels bis in das Jahr 1918 zurückgreift. Für viele Missionen wird Falschgeld oft produziert und in den Verkehr gebracht worden. Ausdrücklich mit der Haftschmugglerbetrieb betrieb diese gemeinschaftliche Gesellschaft auch Eisenbahntickets und Schließungen in großem Stil, modurch sie ebenfalls Millionenwerte in ihren Besitz brachte. Die einzelnen Mitglieder der Bande führten ein höchst verschwendliches Leben. — Das Schwurgericht überführte 1 d. verurteilte eine achtjährige Banknotenfälscherbande zu Gefängnisstrafen von 1½ bis zu 2 Jahren und erkannte ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre ab.

Der Dompfaff. In der „Frank. Zeit.“ schillbert Fried Stern folgendes Ichneumon: Die distinguierte Gattin eines bis in die Knochen konservierten Herrn erstand in einer Vogelhandlung einen Dompfaff. Der Händler versicherte, daß der Vogel das

Leid: „Ich bin ein Preuk“ vor trefflich singen könne. Abend nach der Landtagswahl, im Vorgerüst des läufigen Ruß nach rechts, hatte die Dame illustre Gäste zur Abendtisch gefestigt. Der Dompfaff sang stumm in seinem Käfig. Um ihn herum standen nach Tisch die Blaubüttigen, alle gespannt auf das forsche Preukenspiel. Der Vogel aber machte keinerlei Unstatten — wollte und wollte eben nicht. Auch als ein musikalischer Geist des Hauses ihm die Melodie vorträllerte. „Ein dummes Vier.“ Der Dompfaff plusterte sich bis auf und schwieg. . . . Doch in vorgerückter Stunde die Saitglöser lärmten und lärmten. Topte ausgebracht wurden, stellte unser Dompfaff sein rotgestreiftes Brillchen in Position und gab erst einen Versuchsspiel. Atemlose Stille. Alles horchte auf, und dann erklang fest und treu: „Freiheit, die ich meine!“

Theater und Musik.

Stadttheater. Verdis „Rigoletto“ bildete am Donnerstag den Brüsten zweier Künstler, die in der nächsten Spielzeit hier tätig sein möchten. Herr Witold d'Antone aus Berlin zeigt über einen für einen Neuling auf der Bühne erstaunliche darstellerische Sicherheit und eine aus dem Charakter der Rolle schöpfernde Gestaltungskraft, die meistens das Richtige trifft. Sein Narr war mit scharfen Strichen gezeichnet und hatte passende Manieren, namentlich am Schluss des dritten Aufzuges. Auch im sanglichen Ausdruck vermochte er die zwischen Klebe zur Tochter und Hass gegen den verfluchten Schwanden keifischen Regungen treffend wiederzupiegeln. Nur der Ton sang oft zu dumpf ungewohnt, obwohl das Organ an sich durchaus gut funktioniert zu scheint. Da muß noch für eine Rendierung gesorgt werden. Gedenkbar war dieser Rigoletto die Schöpfung eines Bühnentalenten, wenn nicht alles trifft. Als Maddalena konnte Fräulein Valenzia aus Bremen eine hübsche Altstimme ins Feld führen, die besonders in dem wundernösen Quartett des 4. Aufzuges zur Geltung kam. Ein Erfolg für Fräulein Molnar ist sie aber kaum, neben ihr wäre sie wohl verwendbar. Das stark besetzte Haushalt besteht neben der trefflichen Gilda der Frau Kent. Notch aus besondere Herrn d'Antone durch anhaltenden Beifall.

KONFIRMATION

Konfirmanden-Kleider

Reinwoll. Cheviot-Kleid, solide Machart	198.00
Eleg. Kleid in Pipeline mit Tressenbesatz	345.00
Kleid aus reinwoll. Mohair mit Seidengarnitur	395.00

Konfirmanden-Anzüge

Anzug, blau Molton, 2reihig	395.00	295.00
Anzug, moderne Form, 1. Verarbeitung		450.00
Anzug, Marengo auf Roshaar		395.00
Anzug, mittellarbig, 1- und 2reihig	475.00	395.00

Konfirmanden-Stiefele

Stiefele, 1a. Rindbox, prima Verarbeitung	135.00
Stiefele, prima Chevreux mit Lackkappen	175.00
Stiefele für Konfirmandinnen, Boxhalf	78.50
Halsbörse in verschiedenen Lederarten	98.50
	88.50

Ein Posten fertige Damen-Kleider

aus bedrucktem Velourbarchend in soliden Farben . . . Ausnahmepreis 59.00

Hans Struve

Rendsburg. Neumünster. Itzehoe.

Verband der Maler.

Um den Folgen des Weltkrieges verstarb am 1. März unser Mitglied (14491)

Karl Junge.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung findet am 5. März, morgens 10½ Uhr auf dem Ehrenfriedhofe Flott. — Der Vorstand.

1. auerholtenes Fahrrad zu kaufen gesucht. Anna, M. u. H. M. a. d. Ego. (14508)

Fette 6 Rindfleisch
Pfd. 11.— u. 12 Mt.
Rindfleisch Pfd. 8 u. 9
Fett. Schweinef. Pfd. 15
Kalbfleisch Pfd. 8 u. 9 Mt. an
Schacht. Pfd. 10 Mt.
Knochen. (14471)

J. Paschkewitz

Kreuzwegstraße 53.

Pd. Auschovis 1 Pfd. 4.—
Isländer Riesenfetttheringe

1 Stück 1.40.

Conrad. Müll., (14475)

Bedergr. 98. M. u. W. Beckmann.

Ber Schrei nach dem Recht

„Die Tragödie vor
Mechterstädt“

Preis Mk. 2.50.

Jr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

London. Gründung

(eich. Fachwerk-Hardtach), 1. Zabbruch zu verl. en. ohne
Anzahlung, pass. für kleine
Landwirtschaft. (14476)

Mih. Jacobsen, Gentin.
Frigganger 1, auf. gehobt.
14518) Schwartz,
Lübecker Straße 8.

Warum rauchen so unendlich viele, viele Menschen
meinen

Schwarzen Kraulen?

Weil sie kennen sind und den richtigen Genuss beim
Rauchen haben wollen. — Ja, viele meiner geschätzten
Kunden kennen sich des Tabaks nicht genug nur. Darum
versuchen auch Sie meinen Schwarzen Kraulen. „Der
Richtigste, kostet Geld zurück, wenn er nicht schwert.“

Heinrich Vick, Untertrave 70.
Generalvertreter der Fa. A. Siekmann, Pinneberg.
Abgabe nach an Wiederverkäufer zu Gebühren.

= Eilen Sie!

Ausnahmsweise
billiges Angebot.

Gemüse-Erbsen 2-½-Dose statt 6.90.— 4.80

Junge Erbsen 2-½-Dose statt 8.20.— 5.60

Al. 3 Beignett in ver-
tausen. 14474) Steinstraße 46.

Preiswert und Gut

sind die von mir angebotenen Waren

Konfirmanden-Anzüge blau	585, 475, 385, 295.M.
„ farbig	650, 450, 375, 280.M.
Herren-Anzüge	800, 595, 475, 375, 295.M.
Knaben-Anzüge	300, 115, 80, 40.M.

Meine anerkannt guten Schuhwaren
bieten eine besonders günstige Kaufgelegenheit

Baumwollwaren.

Hemdentücher	Meter 14.95, 12.95, 11.90, 7.45.M.
Rohnessel	Meter 13.95, 11.90, 9.90.M.
Bettbezug-Stoffe farbig	Meter 10.—, 16.95, 14.95.M.
whs. Linon für Bettbezüge	Bettbr. Meter 37.50, 29.50.M.
fertige Bettbezüge	120.—, 108.—, 99.50.M.
fertige Bettlaken	69.50, 49.95.M.
Handtücher	13.95, 8.95, 4.95.M.
Bettinlettis 140 cm	69.50, 59.50, 48.50.M.
Schrüzenstoffe 120 cm breit	Meter 23.—M.
Scholten für Kinderkleid. Mtr. 39.50, 29.50, 22.50, 19.50.M.	
Blusen-Schrüzen	39.50, 29.50.M.
Damen-Hemden	49.50, 39.50, 33.50, 29.50.M.
Damen-Strümpfe	16.85, 12.95, 9.95, 7.95, 6.95.M.
1 Posten warme Winter-Kleiderstoffe	Meter 18.95.M.

Auf blaue Reform-Hosen, sowie auf wollene
Sweater, Damen- und Herren-Strickwesten, Herren-
Futterhosen, Winter-Handschuhe, reinwollene
Kinder-Strümpfe, bis auf weiteres
(14519)

20% Rabatt.

Landwolle Pfd. 55.—
In. Klemmern grau und schwarz, Lage 16.50.

Johannes Holst,

Märkt 6.

Lübeck.

Kohlmarkt 6.

Vorwärts-Almanach

Morgen Sonnabend: Familienball
verbunden mit Gauklerweihe und sonstigen Überrathungen
Anfang 7 Uhr
Herrenkarte 8 M., Damenkarte 2 M. (14477)

Verein der Ost- u. Westpreußen, Lübeck
Versammlung (14484)

am 6. März, nachm. 4 Uhr
in Dieckmanns Gasthof, Kicknitz.
Erscheinen aller Ost- und Westpreußen
von Kicknitz und Umgegend erwünscht

am 6. März, nachm. 4 Uhr
in Dieckmanns Gasthof, Kicknitz.
Erscheinen aller Ost- und Westpreußen
von Kicknitz und Umgegend erwünscht

Sozialdemokrat. Verein
Moisling.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 5. März
abends 8 Uhr,
im Kaffeehaus Moisling.
Tageordnung wird in der
Versammlung bekannt ge-
geben.
Um zahlreiches Erscheinen
erwünscht
Der Vorstand.

Hodermann.

Morgen Sonnabend:
Gr. Extra-Konzert.
m. verst. Orchester.
Anf. 4½ Uhr nachm.
Eintritt frei. (14510)

Breite Str. 39 I. Tel. 3740.
Zahnarzt

Dr. med. Reinhold
Facharzt für Mundkrankheiten.
Sprechstunden ab jetzt
von 10-1 und 4-7 Uhr.

J.S. Bein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige Manufakturen.
• Spezialhaus für
Herrn, Herren- und
Damen • Herren-
u. Knaben-Garderoben
Arbeiter- und
Bettwäsche.

Fahrräder
neu und gebraucht.
Ein Polster-Mantel und
Schläuche. Marke Stellor,
Peters Union und andere
empfohlen zu billigen Preisen.
L. Schöning, Untertrave 99.

Empfehl.:
Prima Gänse-
Pökelfleisch
pfd. 8.00 mt.
Rud. Jäde
14500) Beidergrube 70.

Gutshaus Hohenstrüder
Weiße Krägen
zum Selbstauslegen.
Krawatten
14464
Doppler-Bücher
Aug. Janensö
Sandstraße 6.

Diese Woche:
10. Kalbfleisch 6.00
Bratenfleide 7.00
Bratenfleide, Schweinefleid
zu den billigsten Preisen.
E. Martens, Moisling.
14481) Telefon 3394.

Rolosseum.
Morgen Sonnabend, den 5. März, 7 Uhr:
Letzter großer
Volksmaskenball.

Reitleitung: Dir. Ernst Albert.
Die Säle sind jetzt bestückt. (14494)

Berberfest: Fr. Nagel am Markt, E. Pies.
Breite Straße und im Kaiserzaun.

Die Volks-Sage

im Holstenhaus • Lübeck

bieten in allen Abteilungen Außergewöhnliches — wie es mit gleicher Qualitätsware nicht übertroffen werden kann!

Jedes unserer Angebote beweist es von neuem!

Gardinen

Engl. Tüll in tadeloser Qualität, zweiseitig gebändert, schön gemustert

Meter 6.75 Mark

Tüll-Gardinen	doppeltbreit, zweiseitig gebändert...	Meter 17.50	14.75	12.75
Spannsstoffe	kleingemustert ca. 135 cm breit	19.75	ca. 110 cm breit	12.75
Künsler-Garnituren	aus engl. Tüll, 2 Schals u. Querbehang	69.00		
Halbsfores	aus Erbstüll, mit reicher Bändchenarbeit und Fransen.....	54.75		
Gardinen-Fallen	Erbstüll, mit Volant	Meter	7.50	
Tüll-Bettdecken	über zwei Betten, Erbstüll mit Bändchenarbeit	125.00		

Ein großer Posten
Vorhangstoffe ca. 180 cm breit
rouleauköper, mit kleinen Schönheitsfehlern.... Meter 26.75

In unserer Kleiderstoff-Abteilung:

Kleider-Velours	in schöner Ausmusterung	Meter	11.25	
Wäschefuchse	in guter Qualität	Meter	9.25	
Bettsafin	rosa geblümmt, gute Qualität	Meter	15.75	
Cheviot	reine Wolle, schwere Qualität, marineblau.....	Meter	39.50	
Reinwollene Blusenflanelle	in schönen Streifen	Meter	39.50	
Seiden-Krepons	weich fließendes Gewebe, ca. 100 cm breit, für Blusen und Kleider.....	Meter	54.50	

Weisse Zierschürzen 14.25
mit Trägern, reich mit Stickerei verarbeitet....

Holstenhaus

LÜBECK

Wer bereit ist, abstimmungsberechtigte Oberschlesier während einer Nacht bei sich aufzunehmen, wird freundlichst gebeten, solches umgehend dem Unterzeichneten mitzuteilen. Besonders begehrte sind Quartiere in der Nähe des Bahnhofs.

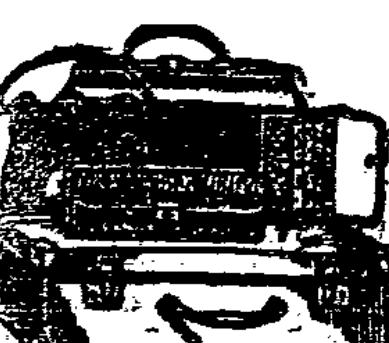
Wer aus Schweden, Norwegen, Finnland oder Dänemark zur Abstimmung fahrende Oberschlesier erwartet, wird gebeten, solches sofort dem Unterzeichneten zu melden.

(14458) Dr. Müller, Bürgerdam 22. Tel. 8138.

Pfeifenklub „Gut Qualm“
Großer Ball
am Sonnabend, dem 5. März 1921
im Lokale „Friedrichsbar“. — Konzertsaal.

Anfang 7 Uhr. Es bedarf freudlichst ein
Der Verstand.

Passende Konfirmationsgeschenke



in edlen

Leiderwaren

faust man gut und
billig im Leider-
waren-Geschäft
von

F. Fränkel,

Breite Straße 35. (14478) Volksstra. 4.

Volkshochschule.

Sonnabend, den 5. März 1921
abends 8 Uhr im Johanneum
Vortrag: Herr Senator
W. Bromme über Emil Zola
Eintritt für Hörer frei
Nichthörer M. 1. (14444)

Preis-Skat

Sonnabend, d. 5. 7½ u. 10½
Sonntag, den 6. 4½ u. 7½
Restaurant Johs. Jürgens
14502) Ennestr. 59.

Preis-Skat

Sonntag, den 6. März
nachm. 4 Uhr (14451)
Faase, Südniz.

Ball

der
Freiwilligen Feuerwehr
Seerettung

am Sonntag, dem 6. März
im Lokale des Herrn E. Cordts
Anfang 8 Uhr. (14452)
Hierzu laden freundl. e.
Die Wehr u. E. Cordts.

Liedertafel der

Postbeamten Lübeck.

Sonnabend, 5. März:

Gr. Ball

in den (14451)
Zentralhallen.
Anfang 7 Uhr.



Sportclub
Grauer Esel.

Am Sonnabend, 5. März:

Gr. Maskenball

in der
Friedrich-Franz-Halle
Anfang 6½ Uhr.
Maskezug 8 Uhr.
Bring Karneval und sei
Gefolge.
Herrenkarten 4.—
Damenkarten 3.—
U. d. Käse 1 Mk. Aufschlag
Karten sind im Lokal
zu haben.
Maskenkostüme von
Möbius und Friseur
Lokal.

14443

Gledermann
8.30 Uhr
Original
Althoff Quartett.

Hansa-Theater
heute 7½ (Ab. Serie 1)

Die Jugendpächter
Lustspiel in 3 Akten. (14450)

Sonnabend 7½:

Fräulein Duck.

Sonntag 7½:
Hollandweibchen.

Stadttheater Lübeck

Freitag, 8. A. u. 15. Vor
i. Schausp. Abonnement
Journalisten. 7.30 Uhr
Sonnabend, 8.30. D. u. 15.
Vorbr. i. Opern-Abonnement
Martha. 7.30. (14449)
Sonntag, 7. Berühmt
Plattdeutschen Volksgesell
„Seefahrer“. 8 Uhr.
Lohengrin. 7 Uhr.

Hammerspiele.
Sonnabend und Sonntag
„Am Teetisch“ 7.30.